

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerland-Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25455 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodesberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Lüttmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

11/82

1. Juli

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.

Nach sechsstündiger Diskussion: Der Senat sagt Ja zu Instituten

Studenten und Dienstleister stimmten dagegen - Drei Institute im FB 3

Grundsätze

Beschluß des Senats über Grundsätze zur Substruktur mit sieben gegen fünf Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. In Klammern das Ergebnis über die Einzelabstimmung der Absätze.

1. In der Wahrnehmung ihrer Dienstaufgaben sind die Mitglieder von Instituten den übrigen Mitgliedern des Fachbereichs gleichgestellt (9 : 0 : 4).
2. Bei der personellen, finanziellen, sächlichen und räumlichen Ausstattung sind die Fächer unabhängig von ihrer Organisationsform gleichzubehandeln (10 : 0 : 3).
3. Die Stellen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst werden ausschließlich dem Fachbereich zugeordnet bzw. zugewiesen (9 : 3 : 1).
4. Senat und Konzil werden aufgefordert, eine Institutsverfassung zu entwickeln, die weitestgehend Mitbestimmungsmöglichkeiten vorsieht und in der Grundordnung verankert wird (8 : 0 : 5).
5. Der Senat geht davon aus, daß kein Mitglied in der Universität gegen seinen Willen einer Fachkommission oder einer wissenschaftlichen Einrichtung zugeteilt wird (11 : 0 : 2).

Nach sechsstündiger Diskussion hat der Senat im Verlauf einer Sondersitzung am 23. Juni der Einrichtung von Instituten im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“ zugestimmt und ist damit erstmals von seiner grundsätzlich ablehnenden Haltung abgewichen. Die Sitzung stand unter dem Zeichen des Oktrois des Wissenschaftsministers, der angekündigt hatte, er werde die Einrichtung von Instituten verfügen, falls die Universität bis zum 30. Juni nicht selbst ein Konzept für eine Substruktur vorlegen sollte. Der mit knapper Mehrheit - sechs Für- und vier Gegenstimmen bei drei Enthaltungen - gefaßte Beschluß war möglich geworden, nachdem der Senat vorher mehrheitlich Grundsätze zur Substruktur an der Universität beschlossen hatte, die - soweit es mit dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) vereinbar ist - den wissenschaftlichen Mitarbeitern, den Studenten und Dienstleistern Mitwirkungsrechte auch in Instituten sichern sollen. Die Grundsätze, so der Senat, sollen in Form einer Institutsfassung in die Grundordnung, die mit Zweidrittelmehrheit vom Konzil verabschiedet werden muß, einfließen.

Nach dieser Abstimmung gab die Linke Liste, die sich bisher im Senat konsequent gegen Institute ausgesprochen hatte, ihren Widerstand auf und ermöglichte durch die Stimmenenthaltung den Institutsbeschluß. Studenten und Dienstleister stimmten dagegen. Sie hatten zuvor dazu aufgefordert, sich nicht dem Oktroi des Wissenschaftsministers zu beugen. Dagegen hatte der Vertreter des Arbeitskreises Hochschulpolitik (AKH) und der Demokratischen Hochschule darauf hingewiesen, eine Verweigerung bedeute, daß die Hochschule dann keine Möglichkeit mehr habe, auf die Gestaltung der Institute Einfluß zu nehmen. Sie liege dann in Händen des Ministers. Die Universitätsleitung betonte, daß bei erneuter ablehnender Haltung die Hochschule auch keinen Einfluß mehr auf die personelle Zuordnung der wissenschaftlichen Mitarbeiter zu den Instituten habe. Gleichzeitig wies sie darauf hin, daß die Befürworter von wissenschaftlichen Einrichtungen im Hause einer liberaleren Regelung der Institutsordnungen nicht mehr notwendig zustimmen würden. Die Studenten äußerten zu diesem, wie sie es nannten, „Koppelgeschäft“: „Wir sollen eine Kröte schlucken, die mit ein bißchen Marmelade bestrichen ist“.

Ähnlich argumentierten auch die Vertreter der Linken Liste. Der Oktroi mache deutlich, daß die Hochschulgremien keinen großen Einfluß auf die Institutsbildung haben werden. Außerdem bezweifelten sie den Wert einer liberaleren Institutsordnung. Gleichwohl waren sie in dem Dilemma, daß Vertreter ihrer Gruppe im Fachbereich 3 bereits die Einrichtung eines Instituts für Soziologie und Politikwissenschaften, eines historischen Seminars und eines Instituts für Arbeit/Wirtschaft-Technik-Haushalt ermöglicht hatten, um eine Substruktur mit vielen kleinen Instituten zu verhindern, die keine Offenheit mehr zugelassen hätte. So formulierte es ein Vertreter der Linken Liste. Auf der Basis der FB-Beschlüsse verabschiedete auch der Senat seine Grundsätze, wonach u.a. keine Hochschullehrer und keine wissenschaftlichen Mitarbeiter gezwungen werden können, sich in eines der Institute einzugliedern.

Die Grundsatzbeschlüsse sollen im übrigen auch für die Institutsanträge, die von den Fachbereichen 1 Erziehungswissenschaften und 5 Psycho-

logie, Philosophie, Pädagogik, vorgelegt wurden, gelten. Die Anträge dieser beiden Fachbereiche wurden u.a. deshalb zurückverwiesen, weil dem Senat die Aufgabenbeschreibungen der einzelnen Institute nicht exakt genug waren. Nach einem Beschluß des Fachbereichsrates I sollen zwei Institute - eines für Pädagogik und eines für Sonderpädagogik - gebildet werden. Im Fachbereich 5 waren schon vor längerer Zeit sechs Institute (vier psychologische, zwei sportwissenschaftliche) und ein philosophisches Seminar beschlossen worden. Der Senat empfahl dem Fachbereich dazu, größere Einheiten zu bilden - eine Lösung, die auch das Ministerium favorisiert. gh



Obwohl die Bauarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, hat der Umzug in den neuen Zentralbereich am Uhlhornsweg mit der Bibliothek, den Sportstätten und der Mensa begonnen. Mehr als hunderttausend Bände der Bibliothek, etwa ein Sechstel des Gesamtbestandes, haben in dem neuen Gebäude Platz gefunden. Ende September sollen alle Einrichtungen - darunter auch das Studentenwerk, der Hochschulinterne Fernsehen (HIFO) und der ASIA - die neuen Räume bezogen haben. Die Übergabe des Zentralbereichs an die Universität ist zum 1. Oktober geplant. Foto: Raether

Kindergarten droht Schließung

Dem Kindergarten des Studentenselbsthilfe Kindertagesstätte e.V. am Kükpersweg droht nach einer Mitteilung des Vorsitzenden des Vereins, Manfred Seidel, zum 1. Januar 1983 die Schließung. Der Rat der Stadt Oldenburg hatte in seiner Sitzung am 22. Juni mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen, die bisherige Zuschußquote von 90 Prozent der Betriebskosten um jährlich 10 Prozent zu senken. Der Kindergarten muß neben der zehnprozentigen Eigenbelastung für die Betriebskosten einen über zehn Jahre laufenden Kredit von

120.000 Mark mit einer Eigenbelastung von 600 Mark pro Monat finanzieren, der für den Umbau des Gebäudes in Absprache mit der Stadt aufgenommen wurde.

Seidel rechnet daher damit, daß bereits eine Kürzung des städtischen Zuschusses von einem Prozent den Verein in seiner Substanz treffen wird. Er wirft der Stadt „manipulierte Zahlen und Daten“ sowie einen „Vertrauensbruch“ vor, was den Verein zwingt, vor dem Verwaltungsgericht auf Einhaltung der bisherigen vertraglichen Vereinbarungen zu klagen.

Müller-Doohm neuer Dekan

Professor Dr. Stefan Müller-Doohm (39), Hochschullehrer im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“, wurde zum neuen Dekan gewählt. Er ist Nachfolger von Professor Dr. Walter Siebel. Müller-Doohm studierte in Frankfurt, Marburg und Gießen Soziologie, Politikwissenschaft und Psychologie. 1972 promovierte er über Massenkommunikationsforschung in Gießen, wo er auch als Lehrbeauftragter arbeitete. Drei Jahre war er leitender Lektor des Athenäum und Fischer-Verlages. 1974 erhielt er einen Ruf auf die Professur „Soziologie der Massenmedien“ an die Universität Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte Müller-Doohms sind neben Medientheorie, Gesellschaftstheorie und Bewußtseinsforschung.



Kosten pro Student gesunken

Ein Student kostet den Staat heute etwa die Hälfte wie vor zehn Jahren. Nach einer in Köln veröffentlichten Untersuchung des wirtschaftsnahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) gaben die öffentlichen Hände 1980 pro Student rund 7800 Mark (zu den Preisen von 1970) aus, zehn Jahre zuvor waren es noch 13.400 Mark.

ZpB vor dem Zusammenbruch

Streichung zweier Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter geplant

Der Leiter des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB), Detlef Spindler, hat in einem Bericht klargestellt, daß der Zusammenbruch der Arbeit des ZpB bevorstehe, wenn es der Universitätsleitung nicht gelänge, das Ministerium zur Rücknahme seiner Entscheidung zu bewegen, zwei Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter zu streichen. Spindler meinte, es könne weder ein geordneter Ablauf in der einphasigen Lehrerausbildung (ELAB), noch der Aus- und Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen in der zweiphasigen Lehrerausbildung (ZWELAB) sichergestellt werden. Die gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung hat mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, daß durch eine kurzfristige Entscheidung auf dem Verwaltungswege der Universität die personelle Grundlage für die unabdingbare Koordination der schul- und unterrichtspraktischen Ausbildung der Studenten entzogen werden solle.

Die beiden Stellen werden, so die Information aus dem Ministerium, Teil jener acht Stellen sein, die von der Universität eingespart werden müssen. Der Senat der Hochschule hatte sich kürzlich gegen dieses Ansinnen verwahrt und dem Ministerium Verhandlungen vorgeschlagen mit dem Ziel, im Rahmen einer langfristigen Konzeption die personelle Ausstattung der einzelnen Bereiche festzulegen. Der Minister reagierte jedoch

darauf mit einem absoluten Einstellungsstopp und will nun selbst die Streichung vornehmen. Darunter sind auch die beiden Stellen im ZpB. Vorgesehener Liquidierungstermin: 31. Dezember 1982 und 31. Dezember 1983.

Mit den Streichungen geht die Nichtverlängerung der Beurteilung der beiden langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter Ulrich Steinbrink und Wolfgang Fichten einher. Beide sind Lehrer und für die Arbeit im ZpB freigestellt. Sie müßten, wenn die Universitätsleitung nicht erfolgreich intervenieren kann, zum 1. August dieses Jahres bereits ausscheiden. Eine Neubesetzung, zumindest einer Stelle, käme kaum in Frage. Nach Worten Spindlers kommt die Entscheidung völlig überraschend. Sie sei offensichtlich ohne jede Sachkenntnis getroffen worden. Denn nach wie vor habe sich der Arbeitsaufwand im ZpB keineswegs verringert. Im Gegenteil: das ZpB müsse zur Zeit zweigleisig fahren (ELAB und ZWELAB), was erhebliche Mehrarbeit bedeute. Spindler wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Universität Osnabrück, obwohl sie nur noch die zweiphasige Lehrerausbildung zu betreiben habe, über sehr viel mehr Stellen verfüge im Bereich der Betreuung der Lehrerausbildung als die Universität Oldenburg. „Wir sollen mit der halben Mannschaft die doppelte Arbeit lei-

sten“, sagte Spindler wörtlich. „Wenn dieser Beschluß nicht rückgängig gemacht wird, können wir nicht einmal die formale Verwaltungsarbeit bewältigen. Für die Studenten wäre das unzumutbar.“

Auch die GKL hat in einem einstimmig gefaßten Beschluß festgestellt, die Halbierung der wissenschaftlichen Stellen im ZpB müsse zwangsläufig zur Funktionsunfähigkeit und zum Zusammenbruch der in langen Jahren aufgebauten Kooperationsbeziehungen zu den Schulen führen. Die Universität könne aber für die zweiphasigen Lehramtsstudiengänge auf eine zentrale Koordination der Zusammenarbeit mit den Schulen nicht verzichten. Die dem ZpB verbliebenen vier Stellen seien unabdingbar Grundbestand für die Sicherung der Praxisanteile auch in der zweiphasigen Lehrerausbildung. Im Übergangszeitraum der Umstellung von der ein- auf die zweiphasige Lehrerausbildung bis 1986 ergäben sich besonders Probleme der Sicherung und Koordination der Belange der schulpraktischen Ausbildung. Diese würden sich nicht nur in einer sehr starken Auslastung des Lehrkörpers aus, sondern führten gleichzeitig zu einem hohen Maße an Überbelastung der wissenschaftlichen Mitarbeiter im ZpB. Eine Bewältigung dieser Probleme sei überhaupt nur mit langfristiger eingearbeiteten Mitarbeitern oder durch eine Personalerweiterung denkbar. gh

Lehrer für ausländische Schüler

Ein notwendiger Versuch unter widrigen Rahmenbedingungen

Seit Beginn des Wintersemesters 1981/82 läuft an der Universität Oldenburg ein Ergänzungsstudiengang 'Lehrer für den Unterricht für Schüler nicht-deutscher Muttersprache'. Der Studiengang - Teil eines von der Bund-Länder-Kommission finanzierten Modellversuchs an drei niedersächsischen Hochschulen - richtet sich an Bewerber mit erster staatlicher Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, Realschulen, berufsbildenden Schulen und Sonderschulen, insbesondere an solche Bewerber, die bereits über Erfahrungen in der Arbeit mit Ausländern und/oder im Sprachunterricht verfügen. Das Studium umfaßt vier Semester einschließlich des Prüfungssemesters und schließt mit einer Erweiterungsprüfung ab.

Zielsetzung und Schwerpunkte

Übergeordnetes Ziel ist die Qualifizierung der Studiengangeinsteiger für einen multikulturell orientierten gemeinsamen Unterricht mit Schülern unterschiedlicher Muttersprachen sowie einen biculturell und bilingual orientierten Unterricht mit Schülern nicht-deutscher Muttersprache. Aus der Erkenntnis heraus, daß die schulische Integration im Sinne der Herstellung von Chancengleichheit für ausländische Kinder und Jugendliche nicht allein eine Frage der Sprachvermittlung und Sprachbeherrschung, sondern vor allem der Offenheit unseres Schulsystems gegenüber den soziokulturellen Voraussetzungen der ausländischen Schüler ist, und daß darüber hinaus die Institution Schule allein das 'Integrationsproblem' nicht zu lösen vermag, sind die Zielsetzungen des Ergänzungsstudiengangs auf eine Vermittlung unterrichtspraktischer Kompetenzen, sozial- und kulturwissenschaftlichen Hintergrundwissens und gesellschaftspolitischer Urteilsfähigkeit zugleich ausgerichtet. Die Auswahl und Anordnung der Studieninhalte orientiert sich an fünf curricularen Schwerpunkten:

- Befähigung zur Vermittlung des Deutschen als Zweitsprache unter Berücksichtigung der jeweils besonderen Struktur der Muttersprache, des jeweils spezifischen kulturellen und religiösen Erfahrungsraumes und der Alltagssituation im Einwanderungsland,
- Befähigung zum umgangssprachlichen Gebrauch einer der Muttersprachen ausländischer Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Unterrichtssituation,
- Erwerb von Kenntnissen und Einsichten über Kultur, Geschichte so wie politische und sozioökonomische Situation der Herkunftsländer,
- Vermittlung didaktischer Ansätze und Kriterien für den Unterricht in national heterogenen Lerngruppen,
- Kenntnis der sozialen und rechtlichen Lage ausländischer Familien in der BRD und der Sozialisationsbedingungen ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Die drei am Studiengang beteiligten Fachbereiche 1, 2 und 3 stellen zu den einzelnen Schwerpunkten ein entsprechendes Lehrangebot bereit. Im folgenden sollen erste Erfahrungen aus der Durchführung des Studiums im Kontext der gegenwärtigen Ausländerpolitik in der BRD zur Diskussion gestellt werden. Die Auswirkungen dieser Politik reichen mehr oder weniger direkt auch in die Organisation und die inhaltliche Arbeit eines solchen Studiengangs hinein. Vor allem ist die Frage zu stellen, welche Funktion diese Zusatzausbildung unter den gegenwärtigen Bedingungen einer restriktiven Ausländerpolitik in Bund und Ländern und zuneh-

mender ausländerfeindlicher Tendenzen innerhalb der Bevölkerung haben kann.

Aktuelle Tendenzen der Ausländerpolitik

Im Spätherbst vergangenen Jahres wurde eine neue Phase der Ausländerpolitik in der BRD eingeleitet. Die Beschlüsse der Bundesregierung zur Begrenzung der Familienzusammenführung gehen in ihrer Wirkung weit über ihren erklärten Zweck hinaus: Sie sorgen für eine zusätzliche Verunsicherung der ohnehin schon von Krisenauswirkungen besonders hart betroffenen ausländischen Arbeiterfamilien (Aufenthaltsrecht, Arbeitsplatzunsicherheit etc.), sie schaffen inhumane Entscheidungswänge nach dem Muster 'Entweder Arbeit oder Familie', und nicht zuletzt dienen sie reaktionären Kreisen offenbar als Startsignal für zahlreiche ausländerfeindliche Initiativen (z.B. Bürgerinitiativen 'Ausländerstop', Volksbegehren gegen Gemeinschaftsklassen in NRW etc.). Gegenwärtig deutet nichts darauf hin, daß sich die Lebensbedingungen und die politische-rechtliche Situation der in der BRD lebenden ausländischen Arbeiter und ihrer Angehörigen in absehbarer Zeit verbessern werden. Entscheidender Hebel für die Durchsetzung des widersprüchlichen Regierungskonzepts einer 'Integration' auf der Basis von Zuwanderungsbeschränkungen und Ausweisungen wird mehr und mehr das sogenannte 'Ausländerrecht': Fast täglich werden neue Verordnungen und Rechtsbeschränkungen etwa in der Frage der Ausweisungsgründe bei 'Fehlverhalten' oder im Aufenthalts- und Asylrecht erlassen. Wie in vielen Fällen, in denen auf technokratischem Wege ein gesellschaftspolitisches Problem beseitigt werden soll, ist auch hier die diffuse psychologische Wirkung administrativer Maßnahmen den pragmatischen oder materiellen Folgen zumindest ebenbürtig. Die Angst unter der ausländischen Bevölkerung vor weiteren Repressionen wächst. Viele Familien denken an Rückwanderung, obwohl sie eigentlich noch eine Zeitlang hätten

hierbleiben wollen. Der Begriff 'Integration' ist endgültig zu einer ideologischen Floskel für eine Strategie geworden, die einen Teil der in der BRD lebenden ausländischen Arbeiter zur Anpassung an deutsche Verhältnisse zwingt, während der andere Teil durch diverse rechtliche und sozialpolitische Abschreckungsmaßnahmen wieder aus dem Lande getrieben werden soll.

Rahmenbedingungen

Verhängnisvoll ist, daß die Qualität und Kontinuität des Studiums durch unzureichende Rahmenbedingungen erheblich beeinträchtigt wird. So verweigert das niedersächsische Kultusministerium definitiv jegliche Freistellung von Lehrern für die Teilnahme am Ergänzungsstudiengang, obwohl die Hochschule immer wieder auf die Bedeutung der Beteiligung praxiserfahrener Lehrer für den Erfolg des Studiengangs und für die kurzfristige Deckung des akuten Bedarfs an speziell qualifizierten Lehrkräften hingewiesen hat. Die Fortbildungsmaßnahmen des Instituts für Lehrerfortbildung, mit denen das Ministerium seine ablehnende Haltung begründet, können den vorhandenen Bedarf bei weitem nicht befriedigen. Neuaufnahmen sind kaum möglich, da die Kurse bereits auf etwa ein Jahr im voraus 'geschlossen' sind. Zudem stellen sie, wie gerade von zuständigen Fachleuten aus der Schulverwaltung bestätigt wird, kei-

ne Alternative zu einem intensiven zweijährigen Zusatzstudium dar. Auf Blockaden seitens der zuständigen Ministerien stößt das auch bei anderen, den Studiengang betreffenden Rahmenbedingungen, sei es nun in der Frage einer Abstimmung der BAFÖG-Förderungskriterien mit den Zulassungskriterien für den Ergänzungsstudiengang oder bei der Gewährung eines zeitlichen und finanziellen Ausgleichs für Mentoren, die zur Betreuung der Schulpraktika neu gewonnen werden müssen.

Studienmotivation und Berufsaussichten

Es kann gewiß nicht sehr motivierend sein, unter den geschilderten gesellschafts- und bildungspolitischen Rahmenbedingungen eine Zusatzausbildung zu beginnen, die auf dem Papier zwar zur Förderung und Gleichberechtigung ausländischer Kinder und Jugendlicher im deutschen Schulsystem beitragen soll, angesichts der paradoxen 'Integrationspolitik' staatlicher Behörden freilich wohl treffender als Parkstudium mit Alibifunktion zu bezeichnen wäre: Nach dem Motto 'Problem erkannt - Gefahr gebannt' werden Aus- und Fortbildungsgänge in die Welt gesetzt, die möglichst im Schnellverfahren ein bestimmtes Kontingent an 'Integrationshelfern' hervorbringen sollen. Die entsprechenden Stellen und Arbeitsbedingungen werden jedoch nicht geschaffen, die Zusatzqualifikationen werden zu einer fakultativ abrufbaren Manövriermasse schulpolitischen Krisenmanagements degradiert.

Schwerpunkt 'Interkulturelle Arbeit'

Überlegungen, die mit dem Begriff 'Ausländerpädagogik' verbundene Stigmatisierung zu überwinden, setzen sich allmählich bei vielen Wissenschaftlern und Praktikern durch, die auf diesem Feld arbeiten. An der Universität Oldenburg findet dieser Diskussionsprozeß seinen Ausdruck z.B. darin, daß ein erziehungswissenschaftlicher Diplomstudiengang mit dem Schwerpunkt 'Interkulturelle Arbeit' geplant wird und voraussichtlich im kommenden Jahr wird anlaufen können. Für den Studiengang Diplom-Sozialwissenschaften ist gleichfalls ein solcher Schwerpunkt geplant. Darüber hinaus sollen interdisziplinär weitere Ansätze und Lehrangebote entwickelt werden, die sich mit Fragen interkultureller Beziehungen und Konflikte beschäftigen. Bislang wurden sämtliche Planungs- und Koordinationsaufgaben in diesem Bereich von einer Studiengangsplanungskommission 'Sprach- und Kulturarbeit mit Ausländern' wahrgenommen. Eine neu geschaffene Arbeitsgruppe, die aus allen an der Durchführung und Planung von Studienangeboten zur Ausländerarbeit/Interkulturellen Arbeit beteiligten Angehörigen der Universität besteht, soll diese Arbeit fortsetzen. Lehrende aller Fachbereiche, die Interesse haben, an diesem Schwerpunkt mitzuarbeiten, sind herzlich eingeladen, sich an dieser Arbeitsgruppe zu beteiligen. (Kontakt: W. Stöling, VG 402 oder H. Rieken, Westerstraße)

Hermann Rieken

Neue Studiengänge für Osnabrück

Laut 'Rundblick' will das Wissenschaftsministerium an der Universität Osnabrück einen neuen Studiengang für berufsbildende Lehrer im Gesundheitssektor einrichten. Gleichzeitig soll der Studiengang Biotechnik von Hannover nach Osnabrück

„Genauso war es...“

„Genauso war es...“ Unter diesem Titel ist in der Schriftenreihe der Universität (Band 7) eine Arbeit von Günter Alfs und Manfred Rabes erschienen, die versucht, rezeptionswissenschaftlich zu analysieren, wie Walter Kempowski Familienroman „Tadellöser & Wolff“ und seine Verfilmung beim lesenden und sehenden Publikum aufgenommen wurde. Die Arbeit wurde im Rahmen einer Projektgruppe unter der Leitung des Germanisten Dr. Manfred Dierks erstellt. Dierks, der seit Jahren mit und über Kempowski arbeitet, ist auch Herausgeber des Bandes, dem er einen Forschungsbericht anfügte. Die Schriftenreihe erscheint im Holzberg Verlag Oldenburg.

Prof. Dr. F.W. Busch, Hochschullehrer im Fachbereich I, wurde wieder zum Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates der Schriftenreihe der Universität Oldenburg gewählt. Der Beirat, auf Vorschlag des Senats vom Präsidenten ernannt, hat im Juni seine zweite vierjährige Amtszeit begonnen. Zu den weiteren Mitgliedern zählen: Prof. Dr. Kattmann (FB 7), Prof. Dr. Kraiker (FB 3), Prof. Dr. Pfaffenberger (FB 4), Prof. Dr. H. Schmidt (FB 3), Prof. Dr. Schulenberg (FB 3), Prof. Dr. Thiergard (FB 2).

Stipendien

Der World University Service (WVS) veranstaltet vom 15. bis 24. September in der Katholischen Akademie Hamburg die 2. Ferienakademie für ausländische Studenten zum Thema „Industrialisierung und Umweltschutz am Beispiel Hamburg“. Mit dieser Veranstaltung werden den ausländischen Studenten konzentrierte Informationen sowie attraktive Freizeitveranstaltungen in den Semesterferien angeboten. Fahrtkosten, Unterkunft und Verpflegung trägt der WVS, der Tagungsbeitrag beträgt 350 Mark. Informationen und Anmeldeformulare sind beim Akademischen Auslandsamt (Raum A 202) und bei der Hochschulgruppe ausländischer Studenten (Raum AVZ 4-441) zu erhalten.

Stipendien

Die Universität Oldenburg erhält die Möglichkeit, im akademischen Jahr 1982/83 einen belgischen Professor für eine Woche zu Gastvorträgen nach Oldenburg einzuladen, ebenso kann im Kalenderjahr 1983 ein finnischer Professor für 14 Tage an die Universität Oldenburg eingeladen werden. Im Rahmen des Austausches jüngerer Wissenschaftler mit den Niederlanden kann im Hochschuljahr 1982/83 von der Universität Oldenburg ein Wissenschaftler an eine holländische Universität entsandt werden. Nähere Informationen über die drei Programme, die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) organisiert werden sind im Akademischen Auslandsamt sowie in den Fachbereichsgeschäftsstellen zu erhalten. Termine für die Meldung je eines Haupt- und Reservekandidaten, die über den zuständigen Dekan und den Universitätspräsidenten zu erfolgen haben: 31. Juli 1982 für die Programme Belgien und Niederlande, 20. August 1982 für das Programm Finnland beim DAAD und jeweils eine Woche vorher beim Präsidenten der Universität Oldenburg.

Denken in Spiegelstrichen

Eine Seminarstizung ist, auch wenn es den Beteiligten nicht immer so scheinen mag, eine sehr komplexe Interaktion: Selbst wenn das Thema der Sitzung feststeht und alle Beteiligten so darauf vorbereitet sind, daß eine sinnvolle Diskussion geführt werden kann, wird sich zum Schluß nicht ohne weiteres für alle Beteiligten dieselbe Wahrnehmung vom Inhalt einer Seminarstunde ergeben. Das hängt damit zusammen, daß das Ergebnis einer Sitzung, selbst wenn der Seminarleiter es durch weitgehende Planung bestimmen wollte, jeweils von den Ansichten und Erwartungen, den verschiedensten Stufen der Einsicht und Erfahrung und dem Wissen und der Phantasie aller Teilnehmer abhängt: Den Umfang der Beiträge und damit den Stand der gesamten Diskussion festzuhalten, ist die erste Aufgabe eines Protokolls.

Nun ist ein Seminarleiter in überfüllten Seminaren grundsätzlich überfordert. Er kann nicht jeden Beitrag aufnehmen und überdenken, ihn sinnvoll in die Diskussion einbauen: Seine Vorstellung über den Gesamtverlauf des Seminars im Rahmen der gegebenen Zeit läßt ihn wertvolle Beiträge vernachlässigen, Andeutungen und vorläufig Formulierte übersetzen, er kann Entwertetes nicht zusammenbringen: Das Gesamt der Beiträge nach übergeordneten Gesichtspunkten zusammenzufassen und nachträglich einen sinnvollen Zusammenhang der Diskussion herzustellen, ist die zweite Aufgabe eines Protokolls.

In der Dynamik des Gesprächs fallen uns oft Dinge ein, über deren Quellen wir nur vage Angaben machen können: Autorennamen, Titel und Jahresangaben von Büchern sind nicht immer präsent. Nun besteht aber ein wesentlicher Teil der

wissenschaftlichen Arbeit gerade in der genauen Angabe der Quellen, damit Behauptungen nachgeprüft, überdacht und kritisiert werden können: Fehlendes zu ergänzen, Fragwürdiges zu verifizieren und Ungenaues zu verbessern, ist daher die dritte Aufgabe des Protokolls. Vom Anspruch nach ist es daher mit einem Referat gleichzusetzen, wobei das Material, über das referiert wird, die Seminarstizung selbst ist. Nun hält der eine für bedeutsam, was den anderen langweilt: Es ist selbstverständlich, daß sich die Protokolle gemäß der Individualität ihrer Protokollanten unterscheiden. Es ist deswegen nützlich, wenn eine Seminarstizung von mehr als einem Protokollanten beschrieben und zusammengefaßt wird. Protokolle sind deswegen für uns von so großer Bedeutung, weil sie die einzige Form sind, in der eine Kontrolle über den Stand unserer Arbeit und damit auch deren Kritik möglich ist.

Im privaten und gesellschaftlichen Leben gibt es die verschiedensten Formen, sich die Ergebnisse sprachlicher Interaktion festzuhalten: Merkzettel, Stichwortlisten, Interviews etc. Das Protokoll einer Seminarstizung stellt Zusammenhänge her, gibt Beurteilungen wieder, hält kontroverse Positionen fest. Die Komplexität dieser Arbeit läßt sich aber nur angemessen darstellen, wenn auch eine Sprache vorhanden ist, die solche Zusammenhänge überhaupt ausdrücken kann. Deswegen kommt es darauf an, möglichst genau und ausführlich zu formulieren: Das Denken in Spiegelstrichen ist ein Schritt in Richtung auf diejenige geistige Verarmung, der Widerstand zu leisten eine Aufgabe des Literaturwissenschaftlichen Studiums ist.

Joachim Dyck

verlegt werden. Mit entsprechenden Plänen befaßt sich jetzt das Kabinett. In beiden Studiengängen sollen je 80 Studienplätze entstehen. Die notwendigen Stellen hat die Universität zum Teil schon früher erhalten bzw. muß sie erwirtschaften.

Ossietzky-Preis der Stadt neu ausgeschrieben

Der Rat der Stadt Oldenburg hat bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen, den Auslobungstext für den Carl-von-Ossietzky-Preis zu ändern. Entgegen den bisherigen Anforderungen, nach denen sich die Arbeiten ausschließlich mit dem Leben und Werk Ossietzky auseinandersetzen sollten, ist jetzt eine Erweiterung vorgenommen worden: auch Arbeiten, die sich mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus beschäftigen, sind zugelassen. Die Erweiterung des Auslobungstextes geht auf eine Anregung der Juroren zurück, die nach der ersten Ausschreibung keinen Preis vergeben hatten und empfahlen, den antifaschistischen Widerstand insgesamt zu berücksichtigen. Ferner verlangt der Rat in dem Beschluß, der vom Kulturausschuß mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses vorgebracht worden war, daß die einzureichenden Arbeiten bisher unveröffentlicht oder nicht vor 1980 in deutscher Sprache veröffentlicht worden sind. Der Preis für Zeitgeschichte soll am 4. Mai 1982, dem Todestag Ossietzky's, vergeben werden.

Schminke und Gorny neue Vizepräsidenten

Am 16. Juni wählte das Konzil der Universität Oldenburg den Biologen Professor Dr. Horst Kurt Schminke und den Informatiker Professor Dr. Peter Gorny zu den neuen Vizepräsidenten der Hochschule. Schminke, der derzeit Dekan des Fachbereichs 7 Biologie ist, und Gorny lösen den Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke und den Chemiker Professor Dr. Peter Köll ab.

Sowohl Schminke als auch Gorny konnten sich jeweils im ersten Wahlgang gegen den einzigen Gegenkandidaten, den vom Bund Demokratischer Wissenschaftler und der Linken Liste nominierten Raumplaner Professor Dr. Klaus Brake durchsetzen. Auf Schminke entfielen 48 von 90 abgegebenen Stimmen, auf Gorny 46 von 88 Stimmen. Brake erhielt in den beiden Wahlgängen 41 bzw. 40 Stimmen.

Professor Dr. Horst Kurt Schminke (Bild) erklärte nach der Wahl, die Erweiterung des Studiengangsangebots sei für die Universität lebensnotwendig. Dafür werde er sich als Vizepräsident ebenso einsetzen wie für die Schaffung von mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, die an jeder Universität eine der wesentlichen schöpferischen Elemente darstellen. Von großer Bedeutung für die Hochschule sei nach wie vor die Lehrerbildung, die in ihrem jetzigen Umfang erhalten blei-



ben müsse. Nachdrücklich betonte Schminke, daß sich die Universitätsleitung verstärkt um Konsensherstellung nach innen bemühen müsse, um die Interessen der Hochschule nach außen offensiv vertreten zu können. Angesichts der restriktiven Finanzpolitik käme diesem Bemühen hochschulpolitisch eine besondere Bedeutung zu. Außerdem werde er auf eine bessere Kommunikation unter den Wissenschaftlern im Hinblick auf die Forschung drängen.

Schminke wurde als Kandidat für den Vizepräsidenten von der Professorengruppe „Demokratische Hochschule“ nominiert. Der 1941 in Danzig geborene Hochschullehrer studierte nach dem Abitur, das er an der Goetheschule in Bochum ablegte, in Tübingen und Kiel Biologie und Romanistik. Nach dem Examen für das Lehramt an Gymnasien unternahm er eine einhalb jährige Forschungseise, die ihn nach Neuseeland, Australien und in die Antarktis führte. Er untersuchte dabei für seine Promotion die Verbreitungsgeschichte einer Gruppe von Grundwasserkrebsen. Anfang der 70er Jahre wurde der Biologie Assistent am Zoologischen Institut der Universität Kiel, wo er sich auch habilitierte. 1979 erhielt er einen Ruf an die Universität Oldenburg auf eine Professur für „Zoologie mit dem Schwerpunkt Morphologie“.

Professor Dr. Peter Gorny, der zweite Vizepräsident, räumte ebenfalls der Erweiterung des Studiengangsangebots an der Universität hohe Priorität ein. Dies müsse bei gleichzeitiger Stabilisierung und Erhalt der bestehenden Studiengänge geschehen. Besonders betonte Gorny außerdem den Einsatz für den Erhalt der Autonomie. Dies gelte nicht nur für die Institution Universität, in die der Staat sich immer mehr Eingriffsmöglichkeiten durch eine rigide Gesetzgebung verschaffe, sondern auch für jeden Wissenschaftler persönlich. Dies sage er besonders im Hinblick auf die Auswirkungen des Radikalerlasses, der auch vor Wissenschaftlern nicht halt mache und damit die Freiheit von Forschung und Lehre in Frage stelle.

Gorny, Jahrgang 1935, schrieb sich nach seinem Abitur als Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes an der damaligen Technischen Universität Hannover für den Ingenieurstudiengang Bauwesen ein. Nach seinem Examen 1962 als Diplomingenieur entschied er sich für die wissenschaftliche Laufbahn und wurde Assistent in Hannover und Bochum. In dieser Zeit betätigte er sich aktiv in der damals für die Hochschulreform sehr gewichtigen Bundesassistentenkonferenz. Nach seiner Promotion 1973 erhielt Gorny 1974 einen Ruf an die Universität Oldenburg auf eine Professur für Informatik. Von Beginn an nahm Gorny, der dem Arbeitskreis Hochschulpolitik angehört, zahlreiche Funktionen in der Hochschule wahr.



Drittmittelordnung vom Senat verabschiedet

Bei vier Enthaltungen hat der Senat auf seiner letzten Sitzung die seit langem nach dem NHG fällige Drittmittelordnung verabschiedet. Drittmittel sind seit Ende der 60er Jahre ein wichtiger Punkt in der hochschulpolitischen Diskussion. Es handelt sich dabei um Gelder, die in der Regel für Forschungszwecke bestimmten Einrichtungen oder Personen in der Hochschule zur Verfügung gestellt werden und nicht im ordentlichen Haushalt ausgewiesen sind. Drittmittelgeber können staatliche Einrichtungen (Ministerien, Kommunen usw.), Forschungsförderungseinrichtungen (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Verbände und Industriebetriebe sein. Bis in die 70er Jahre hinein standen diese Gelder außerhalb jeder öffentlichen Kontrolle. Sie wurden Instituten oder einzelnen Wissenschaftlern zugewiesen, die dafür gesonderte Konten einrichteten. Damit blieb sehr häufig auch das Forschungsziel im Dunkel. Ein anderer Kritikpunkt richtete sich damals gegen die extreme persönliche Abhängigkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter gegenüber den Leitern der Drittmittelprojekte. Das Niedersächsische Hochschulgesetz hat dieser Kritik zum Teil Rechnung getragen. So werden heute auch diese Mittel wie Haushaltsmittel verwaltet - sie unterliegen also den haushaltsrechtlichen Bestimmungen. Ebenso sind die Mitarbeiter in den Projekten den übrigen Hochschulangehörigen arbeitsrechtlich gleichgestellt. Die Oldenburger Drittmittelordnung regelt darüber hinaus im Detail die Handhabung von Drittmittelprojekten. So legt sie fest, daß vor Antrag-

stellung eines Projektes Fachbereich und Präsident informiert werden müssen, um beiden die Möglichkeit zu geben, Bedenken zu äußern, was allerdings nur möglich ist, wenn das Projekt nicht mit der gesetzlichen Aufgabenerfüllung der Universität in Einklang zu bringen ist. Das heißt, es dürfen z.B. keine Folgekosten für die Hochschule entstehen. Das heißt nicht, daß ein Fachbereich intervenieren könnte, wenn an der Hochschule Forschung für militärische Zwecke betrieben würde. Bei der Einstellung von Personal für Drittmittelprojekte empfiehlt die Ordnung den Fachbereichen, dafür Kommissionen zu bilden, und zwar im Verhältnis 4 (Professoren) zu 1 (wissenschaftlicher Mitarbeiter) zu 1 (Student) zu 1 (Dienstleister). Allerdings wird dies ausdrücklich nicht vorgeschrieben, weil der Empfänger der Drittmittel - in der Regel ein Professor - das letzte Wort bei der Besetzung der Stellen zu sagen hat. Auf jeden Fall kann gegen seinen Willen keine Besetzungskommission entscheiden. Ein Fortschritt dürfte für die wissenschaftlichen Mitarbeiter sein, daß die Ordnung festhält, daß unter bestimmten Bedingungen auch sie - und nicht nur die Leiter des Projektes - Ergebnisse der Forschungsarbeiten unter bestimmten Voraussetzungen für ihre Publikationen verwenden können. Außerdem soll ihnen grundsätzlich erlaubt werden, selbständig zu lehren. Weiterhin sind regelmäßige Besprechungen aller Mitarbeiter in den Projekten vorgeschrieben. Die Oldenburger Ordnung muß noch vom Wissenschaftsminister genehmigt werden.

gh

Kolloquium zur Wissenschaftsethik

Im Wintersemester 1982/83 soll an der Universität Oldenburg ein Kolloquium zum Thema „Wissenschaftsethik“ veranstaltet werden. Einen entsprechenden Vorschlag machte die Planungsgruppe, die die Ossietzky-Tage 1982 mit dem Symposium „Militärische Einflüsse auf die Wissenschaft und militärische Anwendung ihrer Ergebnisse“ vorbereitete. Wie dazu der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, erklärte, habe sich nach diesem Symposium die Behandlung dieses Themas geradezu aufgedrängt.

In dem Symposium „Militärische Einflüsse auf die Wissenschaft...“ war von mehreren Referenten die Frage nach der Verantwortlichkeit eines jeden Wissenschaftlers für die Konsequenzen seiner Forschungen - also ihrer Verwertung - aufgeworfen worden. Dabei wurde offensichtlich, daß diese Frage nur sehr schwer zu beantworten ist, da sehr viele Forschungsergebnisse - auch, wenn sie aus der Sicht des einzelnen Wissenschaftlers ausdrücklich humanen Zwecken dienen sollen - umkehrbar sind - also sich gegen den Menschen richten können. Dies gilt nicht nur für die Naturwissenschaften und die Medizin, sondern auch für die Geisteswissenschaften - insbesondere die Sozialwissenschaften.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie ein Wissenschaftler überhaupt noch Überblick über die Folgen seines Tuns behalten kann, wenn er in der Großforschung arbeitet. Als

der Präsident der USA 1940 den Befehl zum Bau einer Atombombe gab, war nur eine Handvoll der vielen tausend daran arbeitenden Wissenschaftler über das Ziel ihrer Forschung informiert. Viele kleine Arbeitsgruppen an den verschiedensten Orten in Amerika wurden mit der Lösung von Detailproblemen befaßt, die sie nicht in den Gesamtkomplex einzuordnen vermochten. Subjektiv war dieses für viele wohl auch kein Problem, da sie - wie heute noch viele Wissenschaftler - von der Wertfreiheit wissenschaftlicher Forschung überzeugt waren.

Unabhängig von dieser naiven Einschätzung der Forschung, die weitestgehend den jeweils herrschenden Politikern und Militärs die Umsetzung der Ergebnisse allein überläßt, bleibt die Frage, ob der einzelne Wissenschaftler, selbst wenn er es will, die Konsequenzen seiner Forschung wirklich übersehen und, wenn ja, auch die Kontrolle über die Verwertung ihrer Ergebnisse behalten kann? Was sind die Kriterien, die ihn dazu bringen können, einem Auftraggeber, der viel Geld in die Forschung investiert hat, die Ergebnisse vorzuenthalten? Ist das überhaupt möglich?

Diese und andere Fragen - so z.B. die nach der gesellschaftlichen Einbindung des Wissenschaftlers und deren Folgen für die Forschung - sollen in dem Kolloquium behandelt werden. Wer sich von der Universität mit einem Beitrag daran beteiligen möchte, wendet sich bitte an das Präsidialbüro, Horst Scholz, Tel.: 6004 gh

Diplom nur zu bestimmten Zeiten

Der Diplom-Prüfungsausschuß Ökonomie weist darauf hin, daß ab dem 1. Oktober 1982 wegen Überlastung des Akademischen Prüfungsamtes die Anmeldungen zum Vor- und Hauptdiplom nur noch zu bestimmten Zeiten erfolgen können. Die Anmeldungen können jeweils in der zweiten Woche nach Veranstaltungsbeginn und in der vorletzten Woche der Veranstaltungstermine erfolgen. Die jeweiligen Abgabetermine werden am Informationsbrett des Prüfungsamtes (Bautel 1 A) bekanntgegeben. Weiterhin wird vom Prüfungsamt darauf hingewiesen, daß die Sprechstunde für die Studiengänge Physik, Raumplanung, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ab WS 1982/83 am Dienstagnachmittag (14.30 - 15.30) ausfallen muß.

Konzil: Aggression beenden

Das Konzil der Universität verurteilt die israelische Invasion in den Libanon. In einer Resolution, die mit einer Gegenstimme verabschiedet wurde, werden ferner die sofortige Einstellung der Gefechte und der Abzug aller fremden Truppen vom Territorium Libanons gefordert. „Angesichts der Bombardierungen und des unsäglichen Leides der Zivilbevölkerung“ sprach das Konzil seine Solidarität gegenüber dem libanesischen und palästinensischen Volk aus. Es forderte die Bundesregierung und alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Beendigung der Aggression im Libanon beitragen. Der Beschluß stützt sich auf die Grundordnung der Universität Oldenburg.

Ausleihfristen in der Bibliothek verlängert

Trotz des schon begonnenen Umzuges und der damit verbundenen zusätzlichen Belastungen für die Benutzungsabteilung der Bibliothek ist geplant, den Ausleihbetrieb so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Für alle aus der Zentralbibliothek ausgeliehenen Bücher wird die Ausleihfrist ab

sofort verlängert. Rückgabetermin ist einheitlich der 1. Oktober 1982. Diese Maßnahme geht nach einer Mitteilung der Bibliothek nicht zu Lasten der Benutzer. Vorbestellungen sind weiterhin möglich, ausgeliehene Bücher werden bei Bedarf zurückgefordert.

Damit Fotografieren für **wöltje**-Kunden noch mehr Freude macht!

Zum Start in die neue Fotosaison

Starke Preissenkung für Qualitäts-Bilder!

und weiterhin der bekannt erstklassige WÖLTJE-SERVICE

7x7... nur 29 Pf	9x13 nur 59 Pf
7x10 nur 39 Pf	10x15 nur 69 Pf

Alle Preise für Entwicklung mit je 1 Bild

*) WÖLTJE-SERVICE

- Beste Bildqualität
- Schnell-Entwicklung: Heute gebracht, übermorgen fertig (gilt für Entwicklung mit je 1 Normalbild, Annahme von Mo. bis Do.)
- „I. O.-Bild“-Garantie: Verwackelte, unscharfe u. falsch belichtete Bilder brauchen Sie nicht zu nehmen
- Persönliche Bedienung und Fachberatung

Auch ein besonderer **wöltje**-SERVICE:

Am Sonnabend, 10. Juli 1982, starten wir wieder zur

WÖLTJE-FOTO-FAHRT

Ganztägige Busfahrt nach Ostfriesland (Aurich, Engerhufe, Greetstiel, Dornum) mit „Fotokurs auf Rädern“. Nähere Information bei Wöltje, Tel. 0441/40453.

ELAB-Personalrat: neuer Vorstand

Der ELAB-Personalrat hat einen neuen Vorstand. Einstimmig wurde Ulf Legies zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind Hartwig Poyda und Bärbel Brüning.

Neue Besetzung im Gremien-Büro

Das Gremienbüro wurde neu besetzt. Sachbearbeiter für den Senat und das Konzil ist Diethelm Freytag in Raum A 215 (Tel.: 6085). Für die Haushalts-, Planungs-, die Zentrale Studienkommission und die Baukommission arbeitet Eugenie Thimm, Raum A 217 (Tel.: 6084).

Katholische Hochschulgemeinde

Die Katholische Hochschulgemeinde (KHG) weist auf ihre nächsten Zusammenkünfte hin: Donnerstag, 1. Juli, 19.30, und Donnerstag, 5. August, 19.30, jeweils in St. Peter, Peterstr. (neben dem NWZ-Pressehaus). Interessierte Hochschulangehörige (Studenten, sonstige Mitarbeiter, Hochschullehrer) treffen sich zu einem Gottesdienst und anschließend dem Gesprächskreis.

Glastüren nicht bekleben

Paul Döring, Sicherheitsingenieur der Universität, macht darauf aufmerksam, daß die Hochschule nach der Verkehrssicherungspflicht gehalten ist. Plakate, die an Glastüren befestigt wurden, unverzüglich zu entfernen. Damit soll sichergestellt werden, daß durch einen ungehinderten Durchblick auch ein gefahrloser Durchgang gewährleistet wird.

Habilitationen & Promotionen

Bernd Brönstrup, Fachbereich 9 „Chemie“, wurde promoviert. Das Thema seiner Dissertation lautete „Organosolv-Abbau lignocelluloseischer Biomasse in einer Hochdruck-Hochtemperatur-Strömungsapparatur“.

Wolfgang Griese, Fachbereich 6 „Mathematik/Informatik“ wurde mit der Note „sehr gut“ promoviert. Das Thema seiner Dissertation: „Beweisen und Definieren im Kontext eines Konzeptes wissenschaftspropädeutischen Arbeitens“.

Stichwort-Katalog auf Mikrofiche

In der Zentralbibliothek steht eine Mikrofiche-Ausgabe des Stichwort-Katalogs für die Bestände des BIS seit 1977 zur Verfügung.

Examensarbeiten zurückgeben

Am Freitag, 4. Juni, sind im Verfügungsgebäude, Raum 201, zwei Examensarbeiten zur Kibbutz-Erziehung abhanden gekommen.

Der Finder oder jetzige „Besitzer“ wird gebeten, die Arbeiten in das Postfach von Maria Fölling-Albers, Fachbereich 1, gegenüber dem Kammermusiksaal oder beim Plörtner abzugeben.

Wohnungssuche

Für das kommende akademische Jahr wird eine preiswerte, möglichst möblierte 3- bis 4-Zimmer-Wohnung für einen amerikanischen Gastprofessor und Familie gesucht. Bitte R. McLaughlin (Tel.: 798-2341) oder J. Buchrucker (Tel.: 798-6038) anrufen.

Gerhardt Franke wurde 80 Jahre alt

Am 17. Juni feierte der ehemalige Dozent für Leibesübungen an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg, Dr. Gerhardt Franke, seinen 80. Geburtstag. Franke erzielte nach Ablegen seines Examens 1922 zunächst Sportunterricht in Berlin. Sein außergewöhnliches pädagogisches Verhalten - Sportunterricht nicht als Drill zu verstehen, sondern die Schüler als Partner anzusprechen - brachte ihm 1927 eine Assistentenstelle am Institut für Leibesübungen an der Universität Kiel ein. Dort promovierte er auch im Fach Geschichte zum Doktor phil. Während des Nationalsozialismus arbeitete Franke zunächst in einem kleinen ostpreußischen Ort als Dorfschullehrer. 1935 wurde ihm eine Dozentur an der Hochschule für Lehrerbildung in Elbing angeboten, zwei Jahre später lehrte er an der damaligen „Hochschule für Lehrerbildung“ in Oldenburg. Nach dem 2. Weltkrieg, den er als Kampflieger überlebte, nahm er wieder seine Tätigkeit als Dozent für Leibesübungen an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg auf. Seiner jahrelangen Arbeit in Wort und Schrift ist es zu verdanken, daß im Oldenburger Raum „kindgemäße Schulturgärten“ entstanden, die bald als Modelle für die gesamte Bundesrepublik galten. Für den Unterricht ist ihm wichtig gewesen, was er in Vorlesungen so ausgedrückt hat: „Mindestens einmal in jeder Unterrichtsstunde sollte jedes Kind von Herzen lachen können“.

Dr. S. Ledakowicz, Technische Universität Lodz (Polen), ist als Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung zunächst für ein Jahr im Bereich Technische Chemie der Universität Oldenburg tätig.

Personalien • Personalien

Prof. Dr. Ernst Hinrichs, Historiker im Fachbereich 3, ist der Leiter des diesjährigen Internationalen Sommerkurses vom 2. bis 27. August in Wolfenbüttel. Es ist die siebente Veranstaltung dieser Art, die regelmäßig 20 fortgeschrittenen Studenten, Diplomanden und Doktoranden verschiedener historischer Disziplinen Gelegenheit zur Fortbildung gibt. In diesem Jahr steht der Sommerkurs unter dem Thema: „Europa im 18. Jahrhundert - Politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Grundfragen seiner Entwicklung“. Der Kurs, erstmals vom Europarat unterstützt, wird sich in seminaristischer Form mit systematischen Themen zur Philosophie-, Religions- und Kulturgeschichte Europas im 18. Jahrhundert befassen und zudem die nationale Entwicklung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland, Frankreich, England, Skandinavien, Polen und Rußland analysieren. Sieben kompetente Fachkollegen werden dem Sommerkursleiter dabei durch jeweils zweitägige Gastseminare zur Seite stehen.

Prof. Dr. Antonius Holtmann, Hochschullehrer im Fachbereich 3, hielt in Henndorf bei Salzburg im Rahmen eines Dozenten-Fortbildungsseminars zum Thema „Politische Bildung im internationalen Vergleich“ einen Vortrag über das „Spannungsverhältnis zwischen Politik und politischer Bildung“. Veranstalter der Tagung waren die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, und das Österreichische Institut für politische Bildung in Mattersburg.

Prof. Dr. D. Kimpel, Kunsthistoriker im Fachbereich 2, hat auf Einladung der „Ecole des hautes études en sciences sociales“ an der Universität Paris I einen Vortrag über Produktivitätsentwicklung und Betriebsstrukturen im mittelalterlichen Bauwesen Frankreichs gehalten.

Prof. Dr. phil. Herbert Uppendahl, Hochschullehrer für die Didaktik der Sozialkunde und für vergleichende Regierungslehre, wurde an den Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“ der Universität Oldenburg berufen. Uppendahl studierte Politikwissenschaft, Pädagogik, Englisch und Geschichte an den Universitäten Münster, Marburg und Bristol (England). Er absolvierte das Referendariat am Staatlichen Studienseminar Freiburg und arbeitete dort auch als wissenschaftlicher Angestellter in der Erwachsenenbildung des Katholischen Bildungswerkes. 1972 wurde Uppendahl im Fach Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe zum Akademischen Rat ernannt, 1975 promovierte er in Freiburg mit einer Arbeit über den Staatlichen Parlamentsrat. 1980 habilitierte er sich in Münster für das Fach Politikwissenschaft. Nach einer Lehrstuhlvertretung an der Universität Erlangen nahm Uppendahl den Ruf nach Oldenburg an.

Prof. Dr. Horst E. Wittig, Hochschullehrer für Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft im Fachbereich 1 und zur Zeit Gastprofessor an der Philosophischen Fakultät der Staatlichen Universität Matsumoto, erhielt die „Goldene Ehrenmedaille der Stadt Tokyo-Meguro“ für seine Verdienste um den deutsch-japanischen Kulturaustausch.

Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Erziehungswissenschaftler im Fachbereich 1, nahm am achten Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften in Regensburg teil. Unter seiner Leitung beschäftigte sich die Arbeitsgruppe der Kommission für vergleichende Erziehungswissenschaft mit dem Thema „Erziehung zwischen den Kulturen“.

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 71001

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 25288

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelschreibmaschinen ab 490 DM
Elektronische Typendruck-Schreibmaschinen ab 998 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.
Verkauf und Service in Oldenburg:
EB ERBECK BÜROTECHNIK
Donnerschwerer Straße 91
29 Oldenburg, Tel. 0441 85125

BÜCHER FÜR STUDIUM UND BERUF
aus der collectiv-Buchhandlung
Donnerschwererstraße 12
Telefon 102 411 8 74 49
2900 Oldenburg

Für Optik - Foto - Film - Kino + Projektion sind wir Ihr richtiger Partner.
Dipl.-Optiker WALTER
Inh. W. D. Heß
staatl. gepr. Augenoptiker
Fachmännische Beratung
Kurkwickstr. 34 Ecke Mottestr. - Hauptstr. 35
Telefon (04 41) 1 30 70

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
*
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRITS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141

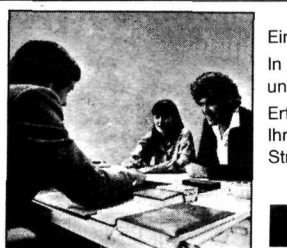
Kopieren · Sortieren · Einbinden
KOPIERDIENST
· KOPIER-AUFTRAG-SERVICE ·
Examensarbeiten schnell u. gut
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 0441/7 63 74
KOPIERPREIS
je Stück
DIN A 4 DM **0,12**

Naturläufer
Der besondere Schuh aus Bad Honnef „Der Schuh“ seit es Schuhe gibt
Alleinverkauf in Oldenburg
EGGERS
jetzt in der City
Baumgartenstr. 8
Tel. 1 30 07

HOTES
Möbeltransporte seit 1888
prompte, fachmännische Abwicklung
Uferstraße 74 2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 64 44

Junge Modecreation
VAREL SCHWARZPLAZ 8
OLDENBURG
UNGE STR. 1/6
LEER MÜHLENSTR. 54
KLEIN KRAM
WASSERBÜFFELSTR. 18
SCHMUCK
WILHELMSHAVEN
KJELER STR. 4

BAUEN
MODERNISIEREN
KAUFEN
UMSCHULDEN



Ein erfüllbarer Wunsch für alle, die jetzt handeln!
In unserem Hause erhalten Sie - überschaubar und unbürokratisch - die Gesamtfinanzierung aus einer Hand.
Erfahrene Mitarbeiter beraten Sie ausführlich und sagen Ihnen klipp und klar, welche Monatsbelastung unterm Strich für Sie herauskommt.

Für die Angestellten des öffentlichen Dienstes steht in unserem Hause eine Spezialabteilung zur Verfügung.
Unser Herr Weber berät Sie gerne.
Rufen Sie ihn an. Telefon-Nr. 04 41 - 22 22 - 123

Volksbank Oldenburg eG